

UN-Bericht zur Benachteiligung von Migrantenkindern im deutschen Schulwesen

21. März 2007

PRESSEMITTEILUNG

Zum heute in Genf vorgestellten Bericht einer UN-Sonderinspektion zum Bildungssystem in Deutschland erklärt Gerhard Schmid, Oberschulrat in Berlin (zuständig u.a. für die Schulen in Friedrichshain und Kreuzberg) und Regionalbeauftragter für Berlin und Brandenburg des Bundes Freiheit der Wissenschaft (BFW):

"Der UN-Bericht zur Benachteiligung von Migrantenkindern und Behinderten im deutschen Schulwesen mit der Behauptung, die frühe Aussonderung im gegliederten Schulwesen in Deutschland wären die Ursache dafür, zeichnet ein Zerrbild der Bildungspolitik in Deutschland.

1. So zeigt gerade Berlin mit seiner sechsjährigen (!) Grundschulzeit und bis zum Jahr 2005 sogar noch mit einer zusätzlichen Vorklasse, daß nicht eine längere gemeinsame Schulzeit Probleme löst, sondern guter Unterricht und Leistungs- und Anstrengungsbereitschaft bei Eltern und Kindern zu erfolgreicher Bildung in der Schule führt. Die süddeutschen Bundesländer dagegen erreichten mit ihrem gegliederten Schulwesen und dem frühen Übergang an die Gymnasien und Realschulen nach der 4. Klasse auch weltweit exzellente Ergebnisse bei PISA 2000 und besonders bei PISA 2003. Berlin hat mit der sechsjährigen Grundschule bereits eine Art Einheitsschule, die sich als nicht besonders erfolgreich erwiesen hat. So werden z.B. Haupt- und Gesamtschüler nicht erst an ihren Schularten zu Problemschülern, sondern kommen als solche aus der Grundschule an die Haupt- und Gesamtschulen. Die jüngsten Gewaltvorfällen auch an Grundschulen belegen dies. Die Vergleichsarbeiten in der Jahrgangsstufe 4 in Deutsch und Mathematik in den letzten Jahren zeigen die geringe Leistungsfähigkeit an den Grundschulen - in Berlin nehmen die Schüler nur einen hinteren Platz unter den beteiligten sieben Bundesländern ein. Dabei vergleicht sich Berlin hier nur mit den PISA-Verlierern Brandenburg, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein.

2. Berlin hat seit den 70er Jahren Unsummen für zusätzliche Lehrkräfte für Deutsch als Zweitsprache und für kleine Förderklassen für Migrantenkinder zum Deutschlernen ausgegeben. Mindestens 1 Milliarde (!) in Euro wurden dafür aufgewandt - mit geringen Erfolgen. Nur ein kleiner Teil der Zuwanderer/Migranten-Eltern und der Kinder zeigen Leistungs- und Bildungswillen und Anstrengungsbereitschaft zum Erlernen der deutschen Sprache und für einen schulischen Erfolg, so daß die vielen Steuergelder in Deutschland verpufften. Dabei ist auffällig, daß die zugewanderten Kinder aus Asien, Afrika und z.T. auch aus Rußland ungleich schneller und nachhaltiger in den Schulen lernen als Migrantenkinder aus der Türkei und den arabischen Ländern. Ursache für die Misere ist nicht der deutsche Staat oder das gegliederte Schulwesen, sondern der fehlende Wille vieler Zuwanderer zu Leistungs- und Anstrengungsbereitschaft und zur Integration in Deutschland. Nicht der deutsche Staat muß sich weiter bemühen, sondern die Migranten haben sich anzustrengen und sich um Integration und auch um Bildung, zu bemühen.

3. Berlin hat seit den 90er Jahren Unsummen für die Integration von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf ("Behinderte") in Regelschulen und Regelklassen ausgegeben mit dem Ergebnis, dass eine neuere Studie ergeben hat, daß lernbehinderte Kinder in der Integration in den 9. und 10. Klassen trotz gleicher Ausgangsposition in den 7. und 8. Klassen schlechtere schulische Ergebnisse erzielten als Kinder, die in den Sonderschulen für Lernbehinderte unterrichtet wurden. So raubt man Kindern auch Lebenschancen mit ideologischen Positionen! Es ist auch ein Märchen, daß es in Finnland in dieser Hinsicht eine Einheitsschule gibt.

Gerhard Schmid: „Matti Kourelathi, ein finnischer Gastwissenschaftler, teilte mir kürzlich mit, daß in Finnland deutlich weniger massive Verwahrlosung unter Kindern und Jugendlichen auftritt als in Deutschland. Dort wird schnell und zielgerichtet interveniert, so daß sich keine verfestigten Szenen ausbilden können. Aber schwer belastete Kinder gebe es dort auch. Er war übrigens erstaunt darüber, daß in Berlin so wenig spezielle schulische Einrichtungen für verhaltensgestörte Kinder und Jugendliche existieren. In Finnland habe man damit keine Probleme und auch nicht mit den 200 Schulen für Lernbehinderte und den vielen Spezialklassen, die es dort gibt.“ (Sonderpädagogik in Berlin - Heft 1/2006).

Kontakt: Gerhard Schmid Handy 0170 815 78 65